

Parteilose Fraktion Heinsberg - Rede zum Haushalt 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Schmitz, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
sehr geehrte Gäste im Zuschauerraum,
sehr geehrte(r) Vertreter(in) der Presse,

vorab einen ganz herzlichen Dank an Herrn Schmitz für die ausführliche und kompetente Beratung zum vorliegenden Haushaltsentwurf.
Ebenso gilt unser Dank auch in diesem Jahr wieder allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die uns im abgelaufenen Jahr unterstützt haben.

Unsere diesjährige Haushaltsrede wird sich von denen der vergangenen Jahre deutlich unterscheiden, da wir es als unumgänglich ansehen, uns zur aktuellen politischen Lage in Deutschland und Europa zu äußern. Auch wenn wir in der Kommunalpolitik keinen Einfluss auf die Bundespolitik haben, so werden wir uns im kommunalen Haushalt künftig und dauerhaft mit deren Auswirkungen befassen müssen, weil diese wie noch nie zuvor einen unmittelbaren und entscheidenden Einfluss auf unseren kommunalen Haushalt und unsere kommunale Souveränität haben werden, als auch auf die Wirtschaft unseres Landes und damit auch auf Gewerbebetriebe unserer Stadt.

Unabhängig davon sollte die schwerste Krise in Europa seit dem zweiten Weltkrieg auch einmal kommunalpolitisch thematisiert werden. Wir können und dürfen nicht dazu schweigen, was gerade in unserem Land passiert und wir als Parteilose-Fraktion sind froh darüber keinen grünen Maulkorb mehr tragen zu müssen.

Doch zunächst möchte ich auf zwei kommunale Themen eingehen.

Kiesabgrabung zwischen Kempfen und Unterbruch

Nachdem sich bereits der Bürgermeister, die CDU-Mehrheitsfraktion und die Fraktion der Heinsberger-Grünen gegen die Kiesabgrabung auf der Bürgerversammlung in Kempfen ausgesprochen hat, teilen auch wir an dieser Stelle mit, dass auch wir uns ebenso dagegen positionieren. Ohne auf jedes einzelne Argument einzugehen liegt der Grund dafür in der Tatsache, dass die wenigen Vorteile einer Kiesabgrabung in diesem Bereich die vielen Nachteile eines solchen Abbaus, insbesondere für die Umwelt und die Bevölkerung, nicht aufrechnen können.

Nachdem sich auch der Kreis Heinsberg dagegen ausgesprochen hat hoffen wir auch auf eine Ablehnung des Vorhabens im weiteren Verfahren durch die übergeordneten Stellen.

Umbenennung der Fraktion "Freie Grüne Heinsberg" in "Parteilose Fraktion Heinsberg"

Auf die Umbenennung unserer Fraktion müssen wir an dieser Stelle nochmals eingehen, weil die Gründe hierfür in der Presse trotz unserer übersandten und ausführlichen Stellungnahme zunächst nicht korrekt dargestellt wurden und unsere Haltung erst aufgrund unserer Beschwerde in einer kleinen Randnotiz veröffentlicht

wurde.

Die Umbenennung unserer Fraktion von „Freie Grüne Heinsberg“ in „Parteilose Fraktion Heinsberg“ hatte nichts mit einer angekündigten Klage des Grünen-Kreisverbandes zu tun, der unserer Ansicht nach in der weiteren Folge die Grüne-Stadtratsfraktion „vor den Karren spannte“, sondern einzig und allein damit, weil wir uns von der desolaten Politik der Grünen-Bundespartei klar und deutlich distanzieren wollten.

Einer eventuellen Klage hätten wir gelassen entgegensehen können, da der Begriff „Grüne“ nicht geschützt ist und es diesbezüglich bereits ein rechtskräftiges Präzedenzurteil gibt, welches durch zwei Berufungsinstanzen bestätigt wurde.

Unsere Fraktion ist insbesondere über die Entwicklung der „oliv-grünen“ Bundespolitik der Ampelkoalition in Bezug auf den Krieg in der Ukraine sehr besorgt und wir missbilligen in diesem Zusammenhang insbesondere den neuen politischen Kurs der Bundespartei „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ als auch ihrer Regierungsfraktion im Bundestag. Dazu werde ich im folgenden Vortrag, wie in der HFA-Sitzung angekündigt, noch näher eingehen.

Zur aktuellen politischen Lage in Deutschland und Europa

Der Krieg in der Ukraine und die kriminelle Annexionspolitik Putins sind bittere Realität. Die russische Invasion in die Ukraine ist ohne Wenn und Aber ganz klar und aufs Schärfste zu verurteilen. In der Ukraine tobt gleichzeitig ein unmenschlicher und brutaler Waffenkrieg, ein Wirtschaftskrieg, Informationskrieg und Energiekrieg mit fürchterlichen und verheerenden Auswirkungen, Horror pur, Leid und Tod, sinnlose Zerstörung, Chaos und Gewalt - und dies direkt vor unserer Haustür.

Keine Frage, in solch schweren Zeiten ist es unsere Pflicht, die Menschen in der Ukraine humanitär, wirtschaftlich und mit ziviler Katastrophenhilfe zu unterstützen und den Geflüchteten in unserem Land Schutz und Hilfe zu gewähren. **Über eine militärische Unterstützung kann man jedoch geteilter Meinung sein**, denn: Die Welt ist in eine Kriegshysterie hineingeraten, in der Diplomatie keine Rolle mehr zu spielen scheint. Das Einzige was derzeit zählt sind Forderungen nach immer mehr Waffenlieferungen in die Ukraine, mit der man die Gewaltspirale immer schneller dreht. Längst ist der Konflikt durch die Lieferung schwerer Waffen zu einem Stellvertreter-Krieg zwischen der Nato und Russland auf dem Schlachtfeld „Ukraine“ geworden, auch wenn man uns das anders glauben machen will. Das Ganze hat eine Eigendynamik entwickelt, die wir nicht mehr steuern können. Wir finden es erschreckend, dass unsere Regierung sich immer mehr den an sie von allen Seiten herangetragenen Forderungen beugt. Dazu erleben wir eine weitgehende Meinungsmache der Medien, so wie es sie in der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat und zwar nicht im staatlichen Auftrag, wie es aus totalitären Regimen bekannt ist, sondern aus reiner Selbstermächtigung. Die Medien sind weitgehend zu Hofberichterstatlern, ja zu Hofschranzen der Regierung mutiert.

Ohne ein politisch strategisches Gesamtkonzept sind Waffenlieferungen purer Militarismus. Natürlich war und ist es richtig, die Ukraine zu unterstützen und natürlich ist Putins Überfall nicht völkerrechtskonform - aber nun müssen doch endlich auch einmal die Folgen bedacht werden, was bisher offensichtlich vollkommen versäumt wurde.

Die Gefahr eines dritten und möglicherweise nuklearen Weltkriegs ist so real wie nie zuvor und übersteigt aus unserer Sicht deutlich die Gefährlichkeit der Kuba-Krise von 1962. Es genügt nur ein Funke und der Konflikt kann sich wie ein Flächenbrand in Europa ausweiten. Am Anfang ging es noch um die Frage, ob überhaupt Waffen in ein Kriegsgebiet geliefert werden sollen, inzwischen sind wir bei Kampfpanzern - und Kampffjets werden bereits diskutiert und von der Ukraine gefordert. Hier kommt es mittlerweile zu einem Überbietungswettbewerb! So werden die Grenzen des Denkbaren, Sagbaren und Machbaren immer weiter verschoben. Deutschland, dass in Russland im zweiten Weltkrieg so viel Leid und Zerstörung angerichtet hat liefert jetzt Kampfpanzer an die Ukraine gegen Russland?

Dies ist ein gewagtes Spiel mit dem Feuer. Durch die Lieferung schwerer Waffen sind wir defacto bereits Kriegspartei und es ist offen, ob und wann Putin und die russische Führung dies auch so sehen. Sollte dies passieren, dann werden wir nicht mehr in der Lage sein, Hilfe für die Ukraine zu leisten, dann werden wir diese selbst brauchen, weil dann auch unser Land in Schutt und Asche liegen würde. Das wäre nicht die von Kanzler Scholz angekündigte Zeitenwende, das wäre das Zeitenende für Deutschland und Europa.

Wir brauchen dringend wieder Vernunft in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage und Politiker, die Willens sind, diesen Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen. Wir wollen, dass sich Deutschland aktiv als Vermittler in diesen Krieg einbringt.

Doch was macht die Ampelkoalition? Sie schürt die Kriegsrhetorik, lässt jedes diplomatische Geschick vermissen und heizt damit den Konflikt immer weiter an. Große Teile der Medien befeuern diese Haltung ebenso Tag für Tag. Diese Regierung macht schon längst keine Politik mehr für das deutsche Volk, sondern Vasallenpolitik für die USA und lässt sich durch Aufforderungen, eine Führungsrolle in Europa zu übernehmen immer mehr in den Konflikt hineinziehen. **Vor dem Hintergrund der dunklen Geschichte unseres Landes verbietet es sich, dass Deutschland eine militärische Führungsrolle in Europa übernimmt!**

Wir sind entsetzt, wie leichtfertig in diesem Land von Krieg und Frieden gesprochen wird. Wir haben Angst davor, dass Deutschland nach rund 78 Jahren wieder einen Krieg erleben muss und dies wegen einer verfehlten Politik. Mittlerweile kann man den Eindruck gewinnen, dass wir durch die Politik und die Medien systematisch auf einen Krieg in unserem Land vorbereitet werden.

Es hatte seinen Grund, dass es jahrzehntelanger Konsens aller Parteien war keine Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu liefern. Im Bundestagswahlkampf 2021 war dies noch die Maxime der Bundesgrünen! Von „Frieden schaffen ohne Waffen“ über „Keine Waffen und Rüstungsgüter in Krisen- und Kriegsgebiete“ sind die GRÜNEN aus unserer Sicht von der Friedenspartei zur oliv-grünen „Kriegstreiberpartei“ mutiert. Die neue Maxime der Bundesgrünen scheint zu sein „Frieden schaffen mit noch mehr Waffen“. Damit haben sie einen Paradigmenwechsel vollzogen und sich vollständig von ihrer Friedens-Ideologie der letzten Jahrzehnte entfernt.

Es scheint fast so, dass diejenigen, die früher den Wehr- bzw. Kriegsdienst verweigerten heute nun diejenigen sind, die eine Kriegsrhetorik schwingen, die ihresgleichen sucht!

Aus einer Partei, die sich aus der Friedensbewegung entwickelt hat und die sich Jahrzehnte lang als Friedenspartei bezeichnete, scheint nach unserer Auffassung nun eine Partei zu werden, die den „Frieden“ mit Waffengewalt erzwingen will, weil sie sich innerhalb der Ampelkoalition mehr als jede andere Fraktion/Partei für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine ausspricht.

Diese neue Haltung wurde auch auf dem kleinen Bundesparteitag der Grünen im April 2022 bestätigt. Dort wurde der Beschluss für die Lieferung schwerer Waffen auch durch die Basis der Partei beschlossen. Man konstatierte dabei, dass die Lieferung schwerer Waffen dem Begriff „Friedenspartei“ nicht entgegenstehe, weil man damit Menschenleben retten würde. Wie grotesk ist das denn?

Waffen gegen den Krieg ist wie Schnaps gegen den Alkoholismus. Wenn man Waffen liefert will man Krieg, sonst würde man Diplomaten schicken!

Für Diplomatie zu werben ist sicher keine Parteinahme für Putin, sondern eine Parteinahme für die Vernunft.

Keine Frage, der gesamte Konflikt ist durch den Kreml und insbesondere durch Putin initiiert und genau dort liegt auch die Verantwortung dafür.

Aber die Verantwortung für unser Land hat unsere Bundesregierung und so muss man unüberhörbar die Frage stellen, ob diese Regierung dieser Verantwortung überhaupt noch nachkommt?

War und ist die Haltung der Bundesregierung in diesem Konflikt und die vollständige Beteiligung an den Sanktionen gegen Russland wirklich richtig, wenn man sich anschaut, was dies alles für dauerhafte Konsequenzen für unser Land hat?

Offensichtlich scheinen die Sanktionen in Russland kaum eine Wirkung zu zeigen, dafür treffen sie aber unser eigenes Land um ein Vielfaches härter!

Durch die Merkel-Regierung der letzten 16 Jahre ist Deutschland zum abhängigsten Land von russischem Gas in Europa geworden. Da muss man sich als Regierung eines Landes ohne eigene Rohstoffe (außer Kohle) schon mal die Frage stellen, ob man es sich in dieser Lage tatsächlich leisten kann, sich vollends an allen Sanktionen gegen Russland zu beteiligen und damit alle daraus resultierenden Konsequenzen in Kauf zu nehmen!?

Unsere Ampelkoalition hat sich offenbar diese Frage nicht gestellt, obwohl jeder der Koalitionäre einen Eid geleistet hat, in dem es u.a. heißt „die Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen“ und „Schaden von ihm abzuwenden“.

Diese Regierung macht defacto genau das Gegenteil und verletzt damit seit Monaten auf unverzeihliche Weise ihren Amtseid. Unser Land möglicherweise in einen Krieg hineinzutreiben ist der größte Schaden, den Politik überhaupt anrichten kann.

Daneben führt diese Regierung unsere Wirtschaft so in den sicheren Ruin.

Eine sehr hohe Inflation, riesige Schuldenberge die man teils als „Sondervermögen“ bezeichnet, Energiekosten explodieren ins Unermessliche und werden bei dem derzeitigen Kurs der Regierung auf Dauer sehr hoch bleiben, sehr hohe

Kriegsgefahr, Lieferketten sind unterbrochen und führen bereits zu Knappheit bei diversen Artikeln, u.a. auch bei Arzneimitteln.

Trotz der geschnürten Gas- und Strompreisbremsen sind die Energiekosten sehr hoch. Gerade in dieser Hinsicht hat sich die Regierung zuerst als Brandstifter betätigt, indem sie sich bedenkenlos allen Sanktionen anschloss und spielt nun Feuerwehr mit diesen Energiepreisbremsen. Man muss hier klar konstatieren: Es sind keine Gelder der Regierung, die hier verteilt werden. Wir alle, aber vor allem unsere nachfolgenden Generationen werden dies alles bezahlen müssen. Menschen, die noch nicht geboren sind müssen in erster Linie für diese verfehlte Schuldenpolitik dieser Ampelkoalition geradestehen!

Was ist in unserem Land los?

Über Jahrzehnte hat man vernünftig kommuniziert, diplomatische Standards gewahrt. Das waren die Leitlinien deutscher Außenpolitik, aber dank unserer grünen Außenministerin Baerbock stehen jetzt ideologische Belehrungen gegenüber anderen Nationen und Kulturen und vor allem eine ständige Kriegsrhetorik auf der Tagesordnung, gepaart mit feministischer Ausrichtung, Selbstherrlichkeit und Heuchelei. Zitat der Außenministerin auf internationaler Bühne beim Europarat: „We are fighting a war against Russia and not against each other, Thank you.“ (Zitatende). Auch wenn sie es vielleicht anders meinte, so etwas darf einer Außenministerin nicht passieren, weil es einer Kriegserklärung sehr nahekommt. Und in einer Regierungsbefragung hat sie die Frage nach dem Einsatz deutscher Soldaten nicht explizit ausgeschlossen und die Antwort offengelassen.

Die Eindimensionalität dieser Außenpolitik ist nur schwer zu ertragen. Sie ist sehr stark fokussiert auf militärische Gewalt und Waffen. Die Hauptaufgabe der Außenpolitik aber ist und bleibt Diplomatie, Interessenausgleich, Verständigung und Konfliktbewältigung.

Und dann wäre da noch der grüne Wirtschaftsminister Habeck, der offensichtlich vom Thema seines Ministeriums wenig zu verstehen scheint und plötzlich weitreichende Entscheidungen in dieser schwersten Krise der letzten Jahrzehnte treffen muss. Tragisch für ihn, aber noch tragischer für unser Land. Habeck scheint überfordert. Er ruiniert mehr, als er aufbaut. Aber er wird weitermachen nach dem umgekehrten Motto seines Ministerkollegen Lindner: „Besser schlecht regieren als gar nicht regieren“. Er scheint an seinem Posten und an den grünen Ideologien seiner Partei zu kleben, wie die „Klima-Extremisten“ auf der Straße. Ein Zitat aus seinem Buch „Patriotismus ... Ein linkes Plädoyer“: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“ (Zitatende). Genau dieser Mann ist heute Wirtschaftsminister!

Das Abschalten der 3 noch verbliebenen Kernkraftwerke entspricht dem grünen Gründungsmythos. Aber: für teures Geld angeschaltet laufen lassen ohne Strom zu produzieren? Irrer geht es kaum.

Oder ... russisches Pipeline-Gas ausschlagen, weil man Putin sanktionieren will, aber den Bückling vor dem Emir von Katar machen, der ebenso wie Putin auf Menschenrechte pfeift. Pipeline-Gas wäre wesentlich klimafreundlicher, als künftig Gastanker in riesiger Anzahl über die Meere fahren zu lassen, die dabei ein

Vielfaches des gesamten CO₂-Ausstosses Deutschlands produzieren. Aber wir alle werden mit der CO₂-Abgabe „abgezockt“.

Man muss nur einmal logisch nachdenken, mit der riesigen Flotte an Gastankern und deren massivem CO₂-Ausstoß (allein für Deutschland Hunderte pro Jahr), die künftig über die Weltmeere fahren und uns u.a. auch „dreckiges“ Fracking-Gas liefern, haben wir endgültig die Weichen gestellt, die gesteckten Klimaziele niemals erreichen zu können! Mit einer solchen Energiepolitik als auch der Tatsache, dass die größten CO₂-Verursacher wie insbesondere China oder aber auch die USA kaum bereit sind mitzumachen, können wir uns eigentlich von allen Klimazielen verabschieden.

Selbstverständlich müssen wir alles unternehmen, um dem Klimawandel zu begegnen, aber bei dieser politischen Lage und solchen Entscheidungen liegt es absolut nicht mehr in der Hand unseres Landes den Klimawandel zu verlangsamen, geschweige denn zu verhindern. Wir sollten wohl eher darüber nachdenken, wie wir mit den Folgen leben können.

Und dann diese Heuchelei ... wir importieren u.a. sehr teures Fracking-Gas aus den USA. Nur gut, dass das Fracken in den USA stattfindet und nicht im eigenen Land, genauso wie der „dreckige“ Lithium-Abbau für die Elektro-Mobilität auch.

Wir kaufen LNG-Gas vom Weltmarkt, darunter soll sich auch ca. 13 % russisches LNG befinden, an welchem Putin ca. das 5 bis 10 fache verdient, als an Pipelinegas (heute journal v. 16.12.2022). Aber das nur als Randnotiz!

An alledem zeigt sich, dass diese Energiepolitik weitgehend realitätsfern ist, ebenso wie die Energiepolitik der Bundesgrünen, die jetzt versuchen, genau diese grüne Energiepolitik mit dieser Krisensituation zu verknüpfen. Grüne Träume kollidieren hier mit der Realität.

All das wundert nicht besonders. Bei solchen Politikern, die sich offensichtlich nicht mehr der Tragweite ihrer Entscheidungen bewusst sind, wird es nicht mehr lange dauern bis unser Land heruntergewirtschaftet ist. Die deutsche Industrie wird sehenden Auges zerstört und dies wird sicher auch Gewerbebetriebe in unserer Stadt treffen und damit ebenso unseren kommunalen Haushalt.

Dies soll hier und jetzt zur Lage in unserem Land genügen.

Wir verzichten hier darauf, auf den weiteren links-grünen Irrsinn dieser Bundesregierung näher einzugehen, hier nur kurz ein paar Stichworte:

Selbstbestimmungsgesetz mit freier jährlicher Geschlechtswahl, Ablösung des Familienrechts durch eine Verantwortungsgemeinschaft, Gender-Irrsinn mit Vergewaltigung der deutschen Sprache, Rassismus- und Diskriminierungs-Wahn mit Verboten bestimmter Begriffe und Filme, usw. usf.

Uns scheint, wir leben mittlerweile in „Absurdistan“.

Das soll hier genügen, ich komme jetzt zum eigentlichem Thema, dem Haushaltsentwurf.

Haushalt:

Wie immer steigen wir nicht detailliert in das Zahlenwerk des Haushaltsentwurfs ein, sondern geben eine allgemeine Bewertung ab.

Kein anderes Ereignis seit dem zweiten Weltkrieg wird unseren Haushalt und unser Handeln derart und längerfristig beeinflussen, wie es der Ukraine-Konflikt vermag. Dies ist deutlich im vorliegenden Haushaltsentwurf und den weiteren Prognosen zu erkennen. Wenn immer mehr externe Einflussfaktoren eine immer größere Rolle spielen, dann werden wir für unsere Stadt immer weniger Handlungsspielräume haben und größere eigene Vorhaben möglicherweise kaum noch umsetzen können.

Mit der Nachhaltigkeitssatzung sind wir auf einem guten Weg, um die Verschuldung zu begrenzen und nicht in ein Haushaltssicherungskonzept zu gelangen. Bei der aktuellen Lage in Deutschland ist es offen, ob wir diesen Weg auf Dauer werden beibehalten können. Wir sollten aber auf jeden Fall versuchen weiter an der Nachhaltigkeitssatzung festzuhalten.

Sorgen bereiten uns die aktuell zu führenden „Schattenhaushalte“, die uns bereits während der Corona-Pandemie durch die Landesregierung auferlegt wurden und in denen die diesbezüglich entstandenen Aufwendungen zu isolieren sind. Jetzt kommen die aus dem Ukrainekrieg resultierenden enormen Belastungen hinzu. Ein buchhalterischer Trick, der uns aktuell zwar erst einmal hilft, der uns aber zu einem späteren Zeitpunkt „auf die Füße fallen“ kann. Auch wenn wir diese Aufwendungen isolieren dürfen, so dürfen wir uns nicht durch die relativ moderate Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage i.H.v. 916.780 EUR in diesem Jahr blenden lassen, sondern müssen auch die hohen Isolierungsbeträge laut NKF-CUIG NRW bis einschließlich 2026 betrachten. Und weiter müssen wir bedenken, dass wir trotzdem die notwendigen liquiden Mittel bereitstellen müssen, die laut planerischer Prognose in Ihrer Substanz bis 2026 kontinuierlich schrumpfen werden.

Diese Schattenhaushalte bedeuten eine enorme Zukunftslast, weil sie in ein paar Jahren aufgelöst werden müssen, womit das Problem lediglich aufgeschoben wird. Dann werden wir vor der Frage stehen, ob wir diesen Parallelhaushalt mit allen Konsequenzen in den regulären Haushalt überführen wollen oder ob wir diesen über maximal 50 Jahre abschreiben und damit unseren nachfolgenden Generationen massive Schuldenberge hinterlassen werden, die ohnehin schon über Gebühr mit den Schulden von Land und Bund belastet werden?

Wie soll in diesem Zusammenhang unser Plan aussehen?

Vor dem Hintergrund massivster Kaufkraftverluste, anhaltend hoher Inflation und Energiekosten auf weiterhin hohem Niveau haben wir wenig Handlungsoptionen. Vor diesem Szenario wären Steuererhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuern in den nächsten Jahren zwar ein Mittel, den kommunalen Haushalt aufzuwerten, aber für die Bürgerinnen und Bürger und die Gewerbebetriebe wäre dies vollkommen

kontraproduktiv. Aktuell sind zunächst einmal keine Steuererhöhungen geplant und das ist gut so, wir werden sehen, ob dies weiterhin zu halten ist.

Auch müssen wir jetzt schon daran denken, dass voraussichtlich in 2025 noch die Grundsteuerreform umzusetzen ist, die den Bürgerinnen und Bürgern vermutlich sowieso im Regelfall höhere Grundsteuern bescheren wird.

Die „Relative Verringerung der Allgemeinen Rücklage“ in 2023 ist mit 0,00 % ausgewiesen und wird nach Prognose bis 2026 im unkritischen Bereich liegen. Es muss aber erwähnt werden, dass der Eigenkapitalverzehr durch die planerischen Defizite bis 2026 den Haushalt stark belasten wird.

Aufgrund der gestiegenen Steuerkraftmesszahl der Stadt sinken auch die Schlüsselzuweisungen um ca. 1,9 Mio. Euro. Die Transferaufwendungen steigen zum Vorjahr um ca. 5 Mio. Euro.

Wir begrüßen es, dass auch im Jahr 2023, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, weiterhin bestimmte Ziele und Strategien verfolgt werden sollen, wie z.B. nachhaltige Investitionen und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der städt. Schulen, bedarfsgerechte Zurverfügungstellung von Kita-Plätzen, Umsetzung priorisierter Maßnahmen im Rahmen des Brandschutzbedarfsplans, Realisierung wichtiger Investitionen in das städtische Infrastrukturvermögen.

So sehen wir die eingeplanten Ansätze für die schwerpunktbildenden Investitionsmaßnahmen in 2023 als zielführend, realistisch und notwendig an, wie z.B. für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Waldenrath/Straeten, den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Porselen, die Erweiterung der Grundschule in Dremmen, den Neubau für den Grundschulverbund Grebber-Schafhausen, die Erweiterung der Realschule in Heinsberg, die Sanierung der Ostpromenade sowie den Ansatz für den Freizeit- und Sportpark Wurmaue, um hier nur einige zu nennen.

Wir begrüßen ebenso die Fortführung des Schuldenabbaus durch eine weitere kontinuierliche Entschuldung, wodurch der Ergebnisplan durch sinkende Zinsaufwendungen entlastet wird.

Nicht zu unterschätzen sind die höheren Preisindizes und die damit verbundenen erheblichen Preissteigerungen, insbesondere für Energie, aber auch in vielen anderen Bereichen, so auch bei geplanten Baumaßnahmen oder bei der Anschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Maschinen.

Durch die aktuelle Krisensituation könnten sich Umsatzeinbrüche bei unseren Gewerbebetrieben zeitversetzt ergeben und damit zu einem Rückgang der Steuerkraft führen. Ursächlich dafür können verschiedene Faktoren sein wie z.B. Preisanstiege aufgrund aktuell hoher Inflationsrate, der anhaltende Fachkräftemangel, weiterhin steigende Energiekosten, aber auch die bestehenden Material- und Lieferengpässe.

Weitere Risiken für den Haushalt ergeben sich aufgrund der möglicherweise weiter ansteigenden Flüchtlingsströme inkl. deren Unterbringung oder ein eventueller Anstieg der kommunalen Transferleistungen.

Es bleibt festzustellen, dass die Haushaltslage zweifelsohne weiterhin als angespannt bewertet werden muss.
In diesen Zeiten ist die Haushaltsplanung von erheblichen Unsicherheiten geprägt und wird derzeit durch viele äußere Einflussfaktoren bestimmt.

Gleichwohl sehen wir unter diesen Rahmenbedingungen hier einen vorgelegten Haushaltsentwurf, der durch eine umsichtige und vorausschauende Planung unseres Stadtkämmerers Herrn Schmitz als auch seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestellt wurde und der vor allem auch den notwendigen Raum zur Umsetzung wichtiger, erforderlicher Projekte schafft.
Aus unserer Sicht wurden die möglichen Risiken aufgrund der ungewissen politischen Lage im vorliegenden Haushaltsentwurf deutlich herausgestellt, benannt und angemessen berücksichtigt

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen werden wir diesem Haushaltsentwurf uneingeschränkt zustimmen.

Anmerkung:

Vortragliche Änderungen vorbehalten, es gilt das gesprochene Wort.
Sofern nicht ausdrücklich anders angegeben gibt diese Rede zum Haushaltsentwurf die Meinung der Parteilosen-Fraktion-Heinsberg wieder.

Die Haushaltsrede wird im Nachgang dieses Vortrages versendet.